



Brandmauer oder Brandbeschleuniger?
Der Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms 2024

edition bruchstuecke #5

**Brandmauer oder Brandbeschleuniger?
Der Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms 20224**

Klaus Lang

© 2024 Klaus Lang

edition bruchstuecke ist eine E-Book-Serie des Blogs bruchstuecke.info

Vi.S.d.P. Dr. Wolfgang Storz

Isenburgring 3

63069 Offenbach

E-Mail: wolfgang.storz@bruchstuecke.info

Bild Frontcover: © Kostas Koufogiorgos

Fotos Backcover: anefo, Helene C. Stikkel, Christliches Medienmagazin pro, Armin Linnartz,

European People's Party: alle auf [wikimedia commons](https://commons.wikimedia.org/)

Brandmauer oder Brandbeschleuniger?

Der Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms 2024

Teil 1: Vorläufer, Teil 2: Gewohnt konservativ, Teil 3: Radikal rechts



Bild, 1947: CDU auf [wikimedia commons00](#)

Die CDU steht im Wahljahr 2024 – mit der Europawahl und drei Landtagswahlen in ostdeutschen Bundesländern – besser da als konservative Parteien in vielen anderen Ländern Europas. Dort ist die rechte Mitte in sich zerstritten oder unter dem Ansturm rechtsradikaler, autoritärer und populistischer Parteien marginalisiert. Aber erstmals sehen sich auch in Deutschland die Unionsparteien von einer rechtsextremen und populistischen Partei herausgefordert, die lokal und regional nicht auf einen einmaligen Wahlerfolg begrenzt ist. In dieser Situation bereitet die CDU seit 2018, angestoßen von der damaligen Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer, ein neues Grundsatzprogramm vor. Die Frage ist, ob die CDU mit dem erkennbar konservativ zugespitzten Profil als demokratische Bastion gegen den Wählerzustrom zum autoritären Rechtspopulismus fungieren kann oder ob sie mit Aussagen des Programms die Drift nach Rechtsextrem befördert bzw. verbreitert.

Als Chef der Programm- und Grundsatzkommission leitet die Arbeit am Entwurf seit 2022 Carsten Linnemann, auf Vorschlag von Friedrich Merz seit Juli 2023 auch Generalsekretär der CDU. Der Programmwurf wurde vom Bundesvorstand der CDU am 12./13. Januar 2024 [beschlossen](#) und soll auf dem Parteitag vom 6. bis 8. Mai 2024 in Berlin verabschiedet werden. Die CDU ist seit ihrer Gründung eine konservative Partei im politischen Spektrum rechts von der Mitte bzw. der rechten Mitte.

Rechte Parteien sind in der pluralen Demokratie einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft selbstverständlich. Im aktuellen Sprachgebrauch wird „rechts“ häufig gleichgesetzt mit „rechtsradikal“ oder „rechtsextrem“. Das verkennt, dass zwischen demokratischen rechten Parteien und autoritär rechtsextremen oder rechtsradikalen Parteien ein gravierender Unterschied besteht, der für den Bestand einer Demokratie entscheidend ist.

Wenn sich zum Beispiel die wichtige aktuelle Demokratie- und Toleranzbewegung einfach gegen „rechts“ wendet, so ist das eine gefährliche Verkürzung. Denn zur Sicherung der Demokratie braucht es die Unterstützung „rechter“ Parteien.

Funktion von Grundsatzprogrammen

Wahlprogramme von Parteien, meist ein knappes Jahr vor anstehenden Wahlen veröffentlicht, geben genauere Auskunft, womit eine Partei die Wahl gewinnen und was sie, sollte sie in Regierungsverantwortung kommen, durchsetzen will.

Grundsatzprogramme wollen Wegweiser sein, versprechen Zukunftsgestaltung, sind aber meist reaktiv, Antworten auf den Wandel einer Gesellschaft, der schon eingetreten ist. Sie sind Signale einer Neuorientierung, nicht nur für die eigenen Mitglieder, sondern auch für die Öffentlichkeit.



Herausragendes Beispiel ist das [Godesberger Programm](#) der SPD von 1959. Mit ihm verabschiedet sich die SPD von den marxistisch begründeten Vorstellungen einer Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft mit weitgehender Verstaatlichung und Vergesellschaftung, wie es in dem bis dahin gültigen Heidelberger Programm der SPD von 1925 gefordert wurde. Angesichts der Wahlniederlage der SPD von 1953 mit der absoluten Mehrheit für die CDU/CSU unter Konrad Adenauer und dem Scheitern der „grundlegenden Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ war eine Neuorientierung notwendig. Die SPD benennt Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität als ihre Grundwerte

und bekennt sich zum Privateigentum an Produktionsmitteln, zum freien Markt und freien Wettbewerb und erklärt den „demokratischen Sozialismus“ mit umfassender staatlicher Kontrolle plus Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel.

Auch das Ahlener Programm der CDU von 1947, oft noch als sehr links bezeichnet, ist tatsächlich die Weichenstellung weg von der grundlegenden Neuordnung mit sozialistischer Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie z.B. noch in den Leitsätzen der Frankfurter CDU von 1945, maßgeblich beeinflusst von [Walter Dirks](#) und [Eugen Kogon](#), gefordert worden war.

Der Titel des Ahlener Programms beinhaltet zwar eine verbale Absage an Kapitalismus und Marxismus („Die CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus“, so das Titelblatt), eröffnet aber in Wirklichkeit dem regulierten Kapitalismus Tür und Tor. Konsequenter wird dieser wirtschafts- und gesellschaftspolitische Weg mit einem klaren Nein zu jeglichem Sozialismus endgültig formuliert im Beschluss „Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau vom 15. Juli 1949“. Sie tragen die Handschrift Ludwig Erhards, unterstützt von Konrad Adenauer. Die „soziale Marktwirtschaft“ ist bis heute der unveränderte Kern der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der CDU.

Grundsatzprogramme¹ – Richtungswechsel nach Wahlniederlagen?

Während der folgenden fast 20 Jahre war Konrad Adenauer das personifizierte Grundsatzprogramm seiner Partei. Erst im Oktober 1978, nach den bewegenden 1960er Jahren, ersten ökonomischen Rissen im Wirtschaftswunderland und der Wahlniederlage 1972, wird ein Grundsatzprogramm verabschiedet. Als zentrale Werte definiert es, wie das Godesberger Programm der SPD, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Sie werden in die Grundsatzprogramme von 1994 und 2007 übernommen.

Auf die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche sowie auf die deutsche Wiedervereinigung von 1989/1990 reagiert die CDU mit dem neuen Grundsatzprogramm von 1994, diesmal nicht nach einer Wahlniederlage. Es ist ein Programm, das deutlich auf die Gegebenheiten nach der Wiedervereinigung Bezug nimmt. „Das geeinte Deutschland muß neue Verantwortung in der Welt übernehmen, vor allem für die Menschenrechte und die Bekämpfung von Hunger und Elend. [...] Angesichts eines tiefgreifenden Wandels auf allen Gebieten unseres Zusammenlebens – national wie international – muß das Grundsatzprogramm der CDU überprüft und fortgeschrieben werden.“ Neben der Einheit Deutschlands erhält die Ökologie erstmals einen zentralen Stellenwert, die soziale Marktwirtschaft wird um eine ökologische Dimension erweitert. Diese blieb zunächst allerdings eine Eintagsfliege, im GP 2007 ist davon nur noch in einem Nebensatz die Rede.

Das Ende der Ära Helmut Kohl 1998 und der Wahlsieg von Rot-Grün sind der nächste Anlass für eine grundsätzliche Neuorientierung. Diese Niederlage der CDU ist Anstoß für das Grundsatzprogramm von 2007.

Marktradikales Zwischenspiel

Die konservative Profilierung als Reaktion auf Rot-Grün erfolgt zunächst ohne neues „Grundsatzprogramm“ auf einem programmatischen Parteitag der CDU in Leipzig 2003, der nach eigener Einschätzung zu einem ihrer wichtigsten Parteitage gehört. Herauskommt eine marktradikale und wirtschaftsliberale Ausrichtung in der Sozialpolitik (Gesundheits-Prämienmodell, Herzog-Kommission) und der Steuerpolitik (Bierdeckel-Reform von Friedrich Merz).

Die marktradikalen Reformideen von Leipzig führen im Wahlkampf 2005 nicht zum Erfolg und haben auch im neuen Regierungsbündnis keinen Platz. Denn nach der vorgezogenen Bundestagswahl vom September 2005 einigen sich CDU/CSU und SPD auf die Bildung einer großen Koalition mit den entsprechenden politischen und personellen Kompromissen. Am 22. November 2005 wird Angela Merkel zur Bundeskanzlerin gewählt. Jetzt setzt die Diskussion um den „Markenkern“ der CDU ein. Merkel kündigt deshalb im November 2005 ein neues Grundsatzprogramm an. Es wird 2007 verabschiedet und gilt bis heute.

Nach der Wahlniederlage von 1998 und 2002, den Wirren um Parteispenden und Führungspersonal (Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble) will die CDU unter der neuen Parteivorsitzenden Angela Merkel auch eine neue programmatische Orientierung. Ihr Kennzeichen ist die Abkehr vom marktliberalen Kurs des Leipziger Parteitags, hin zu einer moderneren konservativen Partei der rechten Mitte.

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit

Das politische Programm enthält eine erstaunlich vielschichtige Beschreibung der Grundwerte. Das christliche Menschenbild wird nicht strapaziert, auf die Gleichheit vor Gott und die gleiche Würde aller Menschen bezogen. Es wird mit den drei Grundwerten konkretisiert. *Freiheit* wird umfassend beschrieben. Ihre Grenzen werden in der Freiheit des Nächsten gesehen. Recht sichert Freiheit. Freiheit ist freie Entfaltung der Person „*unabhängig von jeder Leistung*“. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sie nach innen und außen zu verteidigen, auch im Fall der Beschränkung der Freiheit auf einzelne Völker oder Gruppen. *Solidarität* begründet die Verpflichtung, allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, den Ausgleich zwischen Arm und Reich zu erreichen, national wie global, und eine von allen getragene soziale Sicherung. *Gerechtigkeit* gründet in der Gleichheit, soll in einer Chancengesellschaft gerechte Chancen für alle schaffen.

Die „*Herausforderungen unserer Zeit*“ werden mit ihren Gefährdungen beschrieben. Bedrohte Schöpfung, risikoreiche Globalisierung, Schutz vor Überforderungen in der Wissensgesellschaft, gefährdete Sicherheit, die aber im Programm nicht Anlass wird, die Freiheit einzuschränken, sowie der demographische Wandel und Generationengerechtigkeit sind kurz gefasst die Stichworte.

Erwartbare konservative Forderungen

Das Programm enthält einen ausführlichen Ostteil, der Leben und Leistung der Menschen in der ehemaligen DDR würdigt, die Defizite der Entwicklung und Angleichung deutlich benennt und massive Investitionen fordert. Es ist zumindest ein Ansatz einzugestehen, dass der von Helmut Kohl eingeschlagene Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Einheit massive Defizite aufweist und es auch 2007 noch gezielten politischen Handelns bedarf.

Auf den verschiedenen politischen Sachgebieten formuliert das Programm erwartbare konservative Forderungen, die aber das politische Spektrum nicht gefährlich nach „rechts“ verschieben. Die Forderungen nach „betrieblichen Bündnissen für Arbeit“, einer „sozialen Kapitalpartnerschaft“, einem „aktivierenden Sozialstaat“ und einer „Entkoppelung“ von sozialer Sicherheit und Erwerbsarbeit, nach Schuldenabbau, Neuverschuldungsverbot und niedrigen Unternehmenssteuern – das alles sind umstrittene Positionen, aber keine rechtsradikalen Dämonen aus der Büchse Pandora. Gleiches gilt auch für die Forderungen zu Umwelt- und Klimaschutz, zur globalen Armutsbekämpfung und zur Sicherung der Energieversorgung.

Das sehr einseitige Bild der Landwirtschaft als Akteur für Natur- Klima- und Umweltschutz ist schönfärberisch, aber nicht gemeingefährlich. Allerdings wird schon hier die Spur gelegt, die bis hin zu den zu den aktuellen Bauernprotesten führt. Dass die CDU lange vor Fukushima an der Stromerzeugung aus bestehenden Atomkraftwerken festhält, kann nicht überraschen. Die Aussagen zur Sicherheitspolitik sind von einem „law and order“-Denken geprägt, aber das war die Politik unter Otto Schily als SPD- Innenminister auch.

Ein sehr offener Abschnitt über das „Integrationsland Deutschland“ beschreibt Deutschland als Einwanderungsland, ohne dass der Begriff fällt. Kulturelle Vielfalt wird akzeptiert *„Integration bedeutet die Einbindung in das gesellschaftliche Gefüge sowie die Akzeptanz kultureller Vielfalt auf der Grundlage allgemein geteilter und gelebter Grundwerte.“*

Dazu passt auch die knappe Skizzierung einer Leitkultur: *„Die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern auf der Basis der Leitkultur in Deutschland ist ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Sicherheit.“* Sie wird auf die Gemeinsamkeiten der europäischen und die Besonderheiten der deutschen Geschichte bezogen: *„Diese kulturellen Werte und historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und bilden unsere Leitkultur in Deutschland. Wir wollen sie mit Leben erfüllen.“*

Das Wort „*Flüchtlinge*“ taucht einmal auf, in Verbindung mit Heimatvertriebenen und Flüchtlingen nach 1945, nur einmal auch „Asyl“, in der Forderung nach *„einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik“*: Angesichts sehr niedriger Flüchtlingszahlen damals kein aktueller Handlungsbedarf. Die spätere Entwicklung trifft die CDU (wie die gesamte Gesellschaft) programmatisch unvorbereitet, aber heftig.

Von der Ära Merkel zu Friedrich Merz

Der Abschied von der Ära Merkel, das Trauma der Wahlniederlage von 2021, die erneuten Wirren um Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur sind Grund für den Anlauf zu einem neuen Grundsatzprogramm. Der Weg hat zwar 2018 vor der Wahlniederlage 2021 begonnen, wird aber dadurch grundlegend verändert.

Mit der Wahl von Friedrich Merz zum Nachfolger ändern sich Tonlage und Zielsetzung deutlich. Der Start der Programmdiskussion wird nun auf 2022 gelegt, unter Federführung von Carsten Linnemann, kurze Zeit später auch Generalsekretär der Partei. Er gehört zusammen mit Jens Spahn zum jüngeren konservativen Flügel der Partei. Eine neue konservative Profilierung der CDU ist das erklärte Ziel. Ob die CDU mit der neuen Profilierung das Mitte-Rechts Lager im demokratischen Spektrum stärkt, oder letztlich dem rechtsextremen antidemokratischen Populismus (ungewollt) zu mehr Anerkennung verhilft, also eine Brandmauer gegen rechts befestigt oder als Brandbeschleuniger zur Gefahr wird, das ist die entscheidende Frage.

Mit der konservativen Profilierung wird eine Strömung aufgegriffen, die sich seit der Wahlniederlage von 2021 in den Unionsparteien intensiviert, aber auch schon lange Zeit vorher diskutiert, bereits früh von Friedrich Merz besetzt wird und noch viel weiter zurück reicht. Die von Helmut Kohl schon vor seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 geforderte „geistig moralische Wende“ steht am Anfang. Sie soll ökonomisch dem Marktradikalismus die Tür öffnen und gesellschaftspolitisch der angeblichen Vorherrschaft der 1968-Linken ein Ende bereiten.

Dem linken Kulturverfall sollten die als bürgerlich gekennzeichneten Tugenden Leistungswille, Sparsamkeit, Disziplin und Eigenverantwortung entgegengesetzt werden. Die ökonomische Krise, der weltweite Siegeszug des Neoliberalismus und ein gewisser Überdruß an den „1968ern“ scheinen die Wende zu begünstigen. Das Ergebnis war – aus der Sicht des konservativen Flügels – bescheiden: Ein Frontalangriff auf die Freiheitsrechte scheitert an der FDP, ein radikaler Sozialabbau am Arbeitnehmerflügel der CDU. Geblieben sind Einschränkungen des Demonstrationsrechts, die Verschlechterung bei der Altersrente und – das Haus der Geschichte. Denn Nation und Geschichte sind auch damals zentrale Themen des Konservatismus.



"Geschichte wiederholt sich: Zuerst als Tragödie, dann als Farce" (Marx):
AfD, von Storch, 2022 im Deutschen Bundestag (Screenshot: [Youtube](#))

Nach rechts verschoben

Aber ohne Zweifel hat die Ära Kohl einschließlich der Wiedervereinigung das politische Spektrum und die gesellschaftlichen Diskurse nach rechts verschoben. Schon 2000 prägt Friedrich Merz den Begriff „Leitkultur“ in Reaktion darauf, dass die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder Deutschland als Einwanderungsland kennzeichnet: *„Es geht im Wesentlichen darum, dass die in Deutschland lebenden Ausländer bereit sind, sich einer deutschen Leitkultur anzuschließen.“*² Angela Merkel und andere CDU-Politiker eignen sich den Begriff nicht an, aber der konservative Flügel der Unionsparteien nutzt die „deutsche Leitkultur“ als Kampfbegriff. „Multikulti ist tot“³ formuliert Horst Seehofer. Nach der Flüchtlingskrise 2015/2016 fordert Alexander Dobrindt im Januar 2018 „eine konservative Revolution“. Mit der Aussage *„Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik“* fordert er einen kulturellen Richtungswechsel der Unionsparteien. Er greift damit auf Armin Mohler⁴ und den Kampfbegriff der autoritären Rechten der Weimarer Republik zurück. Das zeigt die Gefahr, sich der Denkmuster der reaktionären Rechten zu bedienen, um deren Wählerpotential (zurück-) zu gewinnen, weil es auch den eigenen Rechtsruck bedeutet.

Schon ein Jahr früher, im März 2017 wird die „Werteunion“ von CDU- und CSU-Mitgliedern gegründet, die sich von Anfang an für Assimilation statt Integration ausspricht, eine europäisch-deutsche Leitkultur verlangt, den Klimawandel leugnet und im rechtsextremen Milieu verankert ist. Ihr [aktueller Weg](#) ist bekannt. In der CDU sehr einflussreich ist vor allem die Denkfabrik [R 21](#), die *„die neue bürgerliche Politik nachhaltig begründen will“*⁵, gegründet und geleitet von dem Historiker Andreas Rödder. Für die bürgerlichen Tugenden, die nach Max Weber den „Geist des Kapitalismus“ bestimmen und gegen das „Woke Deutschland“, das als Feindbild an Stelle der Alt-Linken 1968er Dominanz getreten ist. Rödder hat als Leiter der CDU-Fachkommission „Wertefundament und Grundlagen“ wesentlich die „Grundwertecharta“ verfasst, die auf dem CDU-Parteitag im September 2022 beschlossen wurde. Die Texte zum christlichen Menschenbild, den Grundwerten und insbesondere zur Bürgerlichkeit werden in den Entwurf 2024 übernommen⁶. Rödder spricht sich im September 2023 für mögliche CDU-geführte Minderheitsregierungen aus, die ihre Mehrheiten durch Unterstützung der AfD erzielen.⁷ Die zu diesem Zeitpunkt auch von der CDU geforderte „Brandmauer“ gegenüber der AfD ist für ihn „Brandmauer-Hysterie“.⁸

- ¹ Alle programmatischen Texte und Grundsatzprogramme der CDU werden nach den Downloads von der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/dokumente-zur-geschichte-der-cdu> zitiert. Der aktuelle Entwurf des Grundsatzprogramms wird nach der Website <https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/entwurf> zitiert.
- ² Website tagesschau vom 12.12.2023, heruntergeladen am 03.03.2024
- ³ ebd.
- ⁴ Dissertation von Armin Mohler „Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932“, eingereicht bei und angenommen von Karl Jaspers 1949; publiziert 6. Auflage 2005.
- ⁵ Website Denkfabrik-r21, aufgerufen am 02.03.2024.
- ⁶ CDU-Website, Grundsätzlich CDU 30.Mai 2022 aufgerufen am 02.03.2024 mit Download Grundwerte Charta
- ⁷ CDU: *Andreas Rödder offen für Minderheitsregierungen mit Unterstützung der AfD*. In: *Der Spiegel*. 19. September 2023, ISSN 2195-1349 ([spiegel.de](https://www.spiegel.de) [abgerufen am 20. September 2023]).
- ⁸ Miriam Hollstein, Jan Rosenkranz: *Historiker Rödder: „Die AfD hat das Ziel, die Union zu zerstören“*. In: *Stern*. 19. September 2023, abgerufen am 20. September 2023. Aufgrund der Kritik an seinen Positionen aus den Reihen der CDU trat er als Vorsitzender der Fachkommission zurück.

Teil 2: Gewohnt konservativ



Kundgebung Ja zu Deutschland!

3. September 2018



Auch andere sagen "Ja zu Deutschland"
(Screenshot [AfD Kreisverband Wittenberg](#))

Eine knappe und pauschale Problembeschreibung steht am Beginn des CDU-Programmentwurfs. Den Problemen wird von Anfang an das stolze „Ja zu Deutschland“ (S. 6, Z. 168f.) entgegengestellt: „Wir sind stolz auf Deutschland. Deutschland ist unsre Heimat, die uns Zugehörigkeit und Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf unser vielfältiges kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und Kulturlandschaft, das lebendige Brauchtum.“ (S. 31, Z. 896 ff.) Heimat und Patriotismus, Kultur und Geborgenheit sind die Schlüsselwörter, sind Selbstverständnis und politisches Programm. Bemerkenswert ist, dass in den konkreten Politikbereichen offenkundige wirkliche Probleme nicht erwähnt und beschrieben sind. Die Aussagen und Forderungen des Entwurfs lassen auf eigenartige Weise offen, ob die so gezeichnete schöne Welt Zielvorstellung oder Realitätsbeschreibung ist, so dass man sich je nach Opportunität entscheiden kann.

Dazu einige Beispiele: Bei dem Thema **Bildung** spielt das Desaster der gegenwärtigen Bildungssituation keine Rolle. Hehre Ziele werden formuliert, z.B. Zugang zu Bildung unabhängig von der Herkunft, aber an dem „gegliederten Schulsystem“ wird festgehalten, Gesamtschule findet nicht statt. „Begabtenförderung“ taucht auf, Benachteiligten-Förderung fehlt. Die Abschnitte zur **Europa- und Außenpolitik** sind von der neuen globalen Lage bestimmt, größere Unabhängigkeit von autokratischen Staaten wird gefordert, ohne jeden kritischen Rückblick auf das eigene politische Handeln in der Vergangenheit. Gleiches gilt für den Ausbau der **Bundeswehr**, für die eine deutliche „personelle und materielle“ Stärkung und eine grundlegende Reform verlangt wird. Mit dem „Konzept eines verpflichtenden Gesellschaftsjahrs“, das „auch den Streitkräften unseres Landes zugutekommen“ soll, wird ein weitreichender Schritt in das Programm aufgenommen, der die Abschaffung der Wehrpflicht, von der CDU/CSU in Gang gesetzt, letztlich rückgängig macht. Überhaupt wird mit der eigenen Regierungsvergangenheit nach dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz umgegangen: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“.

Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft



Bild: CDU 2009 auf [wikimedia commons](#)

Ehe und Familie sind unverändert Keimzelle der Gesellschaft, der Gleichberechtigung der Geschlechter, dem Wandel der Ehwirklichkeit wird Rechnung getragen. Die tatsächliche **Gleichstellung von Mann und Frau** wird als verwirklicht gesehen, die verlässliche Kinderbetreuung ist gegeben, das Personal dafür offenkundig vorhanden, junge Menschen haben Freiraum sich zu entfalten. Auch hier fehlt jeder Blick auf die tatsächlichen Geschlechterverhältnisse, die immer noch vorhandene Benachteiligung von Frauen in fast allen Bereichen, von gezielten Förderprogrammen oder Quotenregelungen kein Wort. Die Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch wird bekräftigt, damit die Grundlage einer Kampagne gegen die mögliche Abschaffung der § 218 geschaffen, sollte sich die Ampel noch darauf einlassen.

Die **Kulturnation Deutschland** ist intakt, Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land (S. 38, Z. 1114). Das Bildungsideal wird mit „*Offenheit, Toleranz und Vielfalt*“, als „*tief ...im Christentum verwurzelt*“ beschrieben. Der Geist der Aufklärung fehlt. In der **Wirtschaftspolitik** steht erwartbar das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, „*das erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Welt*“, an erster Stelle. Das Wohlstandversprechen wird erneuert, unbeschadet der Tatsache, dass die Teilhabe am Wohlstand immer schwieriger wird und für immer weniger Menschen Realität ist. Kein Wort zur rasch steigenden Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen,

die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Teilhabe zunehmend bedroht. Das Armutsproblem in Deutschland, aktuell vom Europarat mit deutlichen Worten benannt, nicht existent, Maßnahmen dagegen natürlich auch nicht.

In der **Steuerpolitik** sind niedrigere Steuerlast und wettbewerbsfähige (also auch niedrigere) Unternehmenssteuern wichtigste Ziele. Gleichzeitig ist eine „*Investitions- und Innovationsoffensive für Wirtschaft, Energie und Klima zur Sicherung unserer unseres Industriestandortes*“ notwendig, zu deren Finanzierung bei weniger Steuern und Schuldenbremse nichts gesagt wird. Vermögens- oder Erbschaftssteuer kommen nicht vor.

Unter KI findet man Kinder und Kirche

Im Abschnitt „*Arbeit ist sinnstiftend*“ wird eine heile **Arbeitswelt** skizziert. Die Wucht der Veränderung durch den digitalen Wandel und KI in der Arbeit wird, kaum glaublich, fast völlig ausgeblendet. Gibt man KI in die Suchmaske ein, kommt man zu *Kinder und Kirche*. Ein Programm zur Bewältigung der Transformation – Fehlanzeige. Sätze wie „*Leistung muss sich lohnen*“ und „*Leistungsträger erkennt man nicht nur an der Höhe des Einkommens*“, stehen unverbunden und widersinnig nebeneinander. Der Programmsatz „*Wer arbeitsfähig ist und sich angebotener Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung verweigert, muss finanziell spürbar schlechter stehen als jemand, der sich aktiv um Arbeit bemüht*“ ist die Grundlage für die aktuelle Forderung, das Bürgergeld abzuschaffen. *Zuwanderung* muss restriktiv nach dem Kriterium der Qualifikation gesteuert werden, die Zuwanderung weniger Qualifizierter, die bei uns dringend benötigte Ausbildungs- und Arbeitsplätze besetzen könnten, kein Thema. *Tarifpartnerschaft und Mitbestimmung* sollen zwar gestärkt werden, aber Öffnungsklauseln verbreitert, die „*negative Koalitionsfreiheit*“, die die Tarifflicht der Arbeitgeber erleichtert und die Tarifbindung arbeitgeberseitig untergräbt, beibehalten werden. Das Regelrentenalter soll „*an die Lebenserwartung gekoppelt*“, eine „*verpflichtende kapitalgedeckte Altersfürsorge*“ eingeführt werden. Die „*solidarische*“ (paritätisch wird vermieden) Finanzierung des Gesundheitssystems soll bleiben, aber die kostentreibende Aufteilung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung auch.

In der **Energiepolitik** ist der Atomausstieg Merkels Vergangenheit. „*Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie Fusionskraftwerke*“ gehören zum „*technologieoffenen*“ Energiemix der Zukunft. Bezahlbarer **Wohnraum** soll geschaffen werden, aber Enteignungen und Mietendeckel für Wohnungseigentum werden abgelehnt.

Die **Schuldenbremse** wird nachdrücklich festgeschrieben. Sie ist nach dem Entwurf „*ein Gebot der Generationengerechtigkeit*“ und ein zentrales Instrument der *Nachhaltigkeit*. Was daran nachhaltig oder gerecht sein soll, wenn den künftigen Generationen kaputte Infrastruktur, marode Bildungseinrichtungen, schlecht ausgestattete Krankenhäuser hinterlassen werden, bleibt ein Rätsel. Unklar auch, wie bei strikter und schlichter Schuldenbremse ein vielfältiges Energieangebot und eine Investitions- und Innovationsoffensive zum Erhalt des Industriesandortes finanziert werden sollen.

Problemverschleierung konservativer Agrarpolitik



Bauernproteste in München am 08. Januar 2024 (Foto: H-stt auf [wikimedia commons](#))

Der Prorammentwurf enthält hehre Bekenntnisse zu den Klimazielen, zum „*Erhalt der biologischen Vielfalt als Menschheitsaufgabe*“, zur Sicherung der „*Leistungen der Natur*“, zum Wald. Im selben Atemzug werden Bauern bzw. Landwirte kritik- und problemlos als Agenten für Klimaschutz, Umweltschutz und Tierwohl beschrieben: „*Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen gemeinsam mit Gärtnern, Obst- und Gemüsebauern, Winzern und Fischern für gesunde und sichere Lebensmittel. Sie wirtschaften umweltfreundlich und gehen gut mit den Tieren um.*“ (PE 2023, S. 60, Ziff. 1843 ff.)

Der weltweite Rückgang der Biodiversität wird zwar zur Kenntnis genommen, auf die Notwendigkeit intakter Ökosysteme wird verwiesen, aber auch hier gilt, dass die Land- und Forstwirte Garanten für deren Schutz sind: „*Wir wollen Land- und Forstwirten erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.*“

Mit dieser unkritischen Beschreibung wird die tatsächliche Rolle der Bauern und der Agrarindustrie bei Naturschutz und Biodiversität verschleiert, anstatt den notwendigen ökologischen Umbau der Landwirtschaft zu skizzieren und durch gezielte Programme zu unterstützen. Genau diese Problemverschleierung konservativer Agrarpolitik über Jahrzehnte hinweg ist eine der Ursachen der explosiven Bauernproteste. Denn nie wurde deutlich gemacht, dass Klima-, Umwelt- und Naturschutz auch eine andere Agrarwirtschaft verlangen und Land- und Forstwirte, Gärtner und Winzer nicht per se Umwelt- und Naturschützer sind.

Da das Programm im Vorfeld der drei ostdeutschen Landtagswahlen beschlossen wird, soll noch die bemerkenswerte **Ostvergangenheit** benannt werden. Wie man mit dieser Ausrichtung in den ostdeutschen Bundesländern Menschen gewinnen will, ist mir schleierhaft. Das beginnt schon bei dem Rückblick auf den „Anfang“. Zwar wird Greifswald einmal erwähnt als Ort, an dem sich Demokratinnen und Demokraten nach 1945 zusammenfanden, die CDU zu gründen. Aber dann ist nach dem „Zivilisationsbruch“ der Nazi-Zeit nur noch von der alten Bundesrepublik die Rede „unter der Führung von vier Bundeskanzlern und einer Bundeskanzlerin“. Nebenbei wird dann nach Westbindung und Aussöhnung auch die „Eini-gung Europas und die Deutsche Einheit“ erwähnt, sowie „die Friedliche Revolution und die Überwindung des totalitären Regimes in der DDR“, so als wäre auch das eine Leistung der vier Bundeskanzler und einer Bundeskanzlerin.

Dass es auch eine deutsche Geschichte nach 1945 jenseits der Bundesrepublik gibt, auch eine CDU-Geschichte, dass die innere Einheit Deutschlands – politisch, so-zial, wirtschaftlich, gesellschaftlich, kultu-rell noch keineswegs verwirklicht ist – statt „blühender Landschaften“ industrielle Rui-nen und Massenarbeitslosigkeit die Zeit nach dem Mauerfall kennzeichneten, davon ist keine Rede. Auch in den ver-schiedenen Sachkapiteln wird an keiner einzigen Stelle besonderer Handlungsbedarf für den Osten Deutschlands reklamiert. Das ist auch deshalb wichtig: Ostvergangenheit der westdeutschen Eliten in allen Bereichen ist ein häufig angeführter Grund für das Erstar-ken der AfD in den neuen Bundesländern. Es ist erstaunlich, dass hier von den CDU-Ver-bänden und Politikern aus den ostdeutschen Ländern keine Einwände kamen, zumindest keine öffentlich hörbaren.



Gedenkmedaille zum 5. Parteitag der CDU (DDR) in Berlin vom 15. – 17. 9.1950 (Foto: Lupus in Saxonia auf [wikimedia commons](#))

Wachstums- und Technikoptimismus

Alles in allem beschreibt der Entwurf ein Deutschland, das in gutem bis sehr gutem Zu-stand ist. Wachstum, dessen Qualität nicht hinterfragt wird, und der immer wieder be-schworene technische Fortschritt, der nur chancenreich und risikolos gesehen wird, gepaart mit Leistungswillen und Erfindergeist, können alle Probleme lösen. Der ungebremste Wachstums- und Technikoptimismus des Programms ist atemberaubend.

Das sind gewohnt konservative Feststellungen und Forderungen, die natürlich der politischen Auseinandersetzung bedürfen, aber kein Verdikt als rechtsradikal verdienen. Das gilt auch für Punkte wie die geforderten Anreize zur Arbeit, denn das ist nichts anderes als der Rückgriff auf Gerhard Schröders Agenda 2010; oder die Bekräftigung der Schuldenbremse, die ja die SPD einmal mit beschlossen hat; die neue Option Atomkraftwerke und die allgemeine Dienstpflicht, schon von Walter Steinmeyer und Boris Pistorius ins Gespräch gebracht, stehen nicht außerhalb der demokratischen Debatte. Solche Optionen verlangen politische Auseinandersetzung, keine Ächtung. Weder Wirtschafts- noch Sozialpolitik, weder Bundeswehr noch Europapolitik, weder Familien- noch Bildungspolitik des Programm-entwurfs werden Debatten entfachen, die grundsätzlich anders sind als in der Vergangenheit.

Die neuen Felder der konservativen Profilierung sind Bürgerlichkeit und Patriotismus, deutsche Leitkultur und der Umgang mit kultureller Vielfalt, dabei insbesondere die Migration.

Sicherheit über alles

Verbunden mit dem Begriff Freiheit ist ein komplettes Programm der Sicherheit, das es in sich hat: Kein Wort mehr von Freiheit, die Rede ist von starken Sicherheitsbehörden, fühlbarer Sicherheit, „Null Toleranz Gebot“, schnellen Gerichtsverfahren, Modernisierung der Sicherheitsarchitektur, dem Bundeswehr-Einsatz im Inneren, der Gründung eines nationalen Sicherheitsrates. Zwar werden auch wichtige Aspekte benannt, wie besserer Schutz vor häuslicher Gewalt, Vorrang für Kinderschutz, Abwehr von Manipulationen im digitalen Raum, Schutz vor Cyberangriffen, sowie eine wehrhafte Demokratie. Das Programm ist voll von Punkten, wie die Sicherheit stärker geschützt werden soll, hat aber keinem Hinweis darauf, wie Freiheit besser ermöglicht und gefördert werden kann.

In die gleiche Richtung geht die „wehrhafte Demokratie“. Sie wird als Projekt der Abwehr, als Festung gegen die Feinde der Demokratie, gegen Extremismus, gegen Judenhass und Antisemitismus behandelt. Aber Programmpunkte und Projekte zur Demokratieförderung, zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus, zur Fremdenfeindlichkeit fehlen völlig. Es ist ein verkürztes Freiheits- und Demokratieengagement, das eng und ängstlich die Bedrohungen abwehrt, aber Freiheit und Demokratie nicht fördert. Das ist in der aktuellen Situation mehr als gefährlich.

Neue Bürgerlichkeit

Die „neue Bürgerlichkeit“, das zentrale Thema von Andreas Rödder und seiner Denkfabrik R21, findet hier Eingang in das Programm: *„Wir als CDU sind im besten Sinne bürgerlich“*. Diese Selbstbezeichnung ist nicht überraschend, aber die Frage stellt sich, warum das so betont werden muss. Von einem „Versprechen bürgerlicher Politik“ ist die Rede, das noch nicht für alle Menschen in Erfüllung geht, weil es noch eine Vielfalt von Diskriminierungen und Benachteiligungen gibt.

Die große Frage ist, ob hinter der offenen, toleranten, emanzipierten, freien Gesellschaft, die als neue Bürgerlichkeit beschrieben wird, nicht die alte Bürgerlichkeit mit ihren „Tugenden“ steckt. Da lässt sich die ökonomisch unsinnige Schuldenbremse als politische Gestalt der sparsamen „schwäbischen Hausfrau“ einordnen. (Dass namhafte Ökonomen unterschiedlichster Herkunft die jetzige Schuldenbremse für fatal und zukunftsgefährdend halten, wird die CDU erst entdecken, wenn sie Regierungspartei ist.) Die arbeitsmarkt- sowie sozialpolitisch wirkungslose Streichung des Bürgergeldes macht die bürgerliche „Volksweisheit“ „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ zum politischen Programm. Dass weniger als 1% oder gerade 13.000 ! von den knapp 4 Millionen erwerbsfähigen Bürgergeldbeziehern als Totalverweigerer gelten und die rechtliche Frage, ob Arbeitszwang und Zahlungsverweigerung möglich sind, spielen dann keine Rolle.

In Richtung des „freien“ und mündigen Bürgers zielt auch die Abwehr einer vernünftigen **Verkehrspolitik** unter dem Motto „*Wahlfreiheit in der Mobilität*“, konkretisiert in dem Satz „*Wir schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er nutzen soll*“. Was als Freiheitsversprechen herkommt, liefert die Menschen in Wirklichkeit dem Zwang der Verhältnisse aus, die sie eben gerade so nicht frei und mündig mitentscheiden können. „Bürgerliche Politik“ ist so letztlich nicht an moderne, aufgeschlossene und tolerante Bürgerinnen und Bürger adressiert, sondern eher an jene, die die alte Bürgerlichkeit mit ihrer Geborgenheit und Geschlossenheit sowie den Kanon bürgerlicher Tugenden vermissen.

Einzuordnen in diese Kapitel sind auch die Vorstöße gegen das Gendern. Die „*Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität*“ wird akzeptiert, wenn auch in Grenzen, aber Genderideologie abgelehnt, was immer damit gemeint ist. Auf jeden Fall eine geschlechtergerechte Sprache, sofern sie nicht den CDU-Vorstellungen entspricht. Was immer man von Gender-Sternchen und ähnlichem halten mag, eine Anti-Verbots-Partei, als die sich die CDU gern gegen die Grünen profiliert, betreibt mit Verbotsforderungen und Verboten Kulturkampf. Der Weg zur Freiheit ist für die Unionsparteien mit Verboten gepflastert. Die CSU hat den Programmpunkt schon einmal vorweg genommen mit der Begründung, so Staatskanzleichef Florian Herrmann ([CSU](#)), „die Diskursräume in einer liberalen offenen Gesellschaft tatsächlich offenzuhalten und nicht weiter zu verdrängen“ (www.rnd.de vom 19.03.2024). Diskursräume offenzuhalten, indem man sie beschneidet, ist schlicht paradox. Die Berufung auf den Rat für deutsche Rechtschreibung ebenfalls, weil er bestimmte Formen heute schon erlaubt und die Entwicklung weiter in Fluss sieht.

Teil 3: Radikal rechts

Die „deutsche Leitkultur“ feiert im CDU-Programmmentwurf ein Fest. Der von Deutschland geforderte *„Mut zu seiner Leitkultur“* ist nicht nur sprachlich eine merkwürdige Konstruktion, sondern auch inhaltlich unbestimmt und manipulativ zu nutzen. Ausdrücklich wird festgestellt, anders als im Grundsatzprogramm 2007, dass Leitkultur weit mehr umfasst als das Grundgesetz. Das „Mehr“ ist nebulös beschrieben als *„das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt“* sei. Dieses Mehr verlangt auch *„Verständnis für Tradition und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur und Sprache sowie unserer Geschichte“*. Es sind gefährlich schwammige Formulierungen, die Tür und Tor für Abgrenzung und Ausgrenzung öffnen, statt zu Willkommenskultur und Integration.

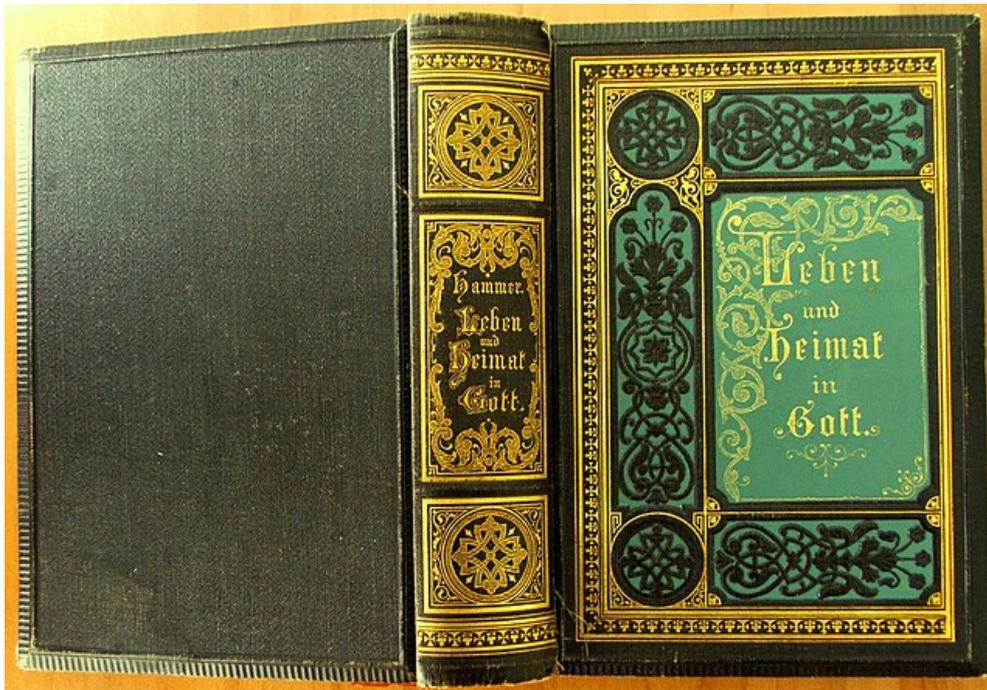
Halten wir vorab dagegen fest: Von allen kann nicht mehr und nicht weniger verlangt werden, als das Grundgesetz mit den in ihm enthaltenen Werten zu achten und zu befolgen, sich rechts- und gesetzeskonform zu verhalten. Alles andere führt in die Irre, führt zu Deutsch- und Volkstümelei, leistet Vorschub für völkisches Denken. Buchstabiert man die „deutsche Leitkultur“, einst als Kampfbegriff gegen die „Einwanderungsgesellschaft“ und ihre Multikulturalität entwickelt, in der jetzt im Programm ausgeführten Form durch, führt das zur Assimilation statt Integration. Genau das bestätigt Friedrich Merz selbst auf einem [CDU-Kongress](#) zur Diskussion des Programmmentwurf am 28. Februar in Hannover.

CDU ist Heimat, Deutschland ist Heimat, Wald ist Heimat

Auch der *„weltoffene Patriotismus“* zielt auf Verengung und Ausgrenzung. Der Satz *„Deutschland ist unsere Heimat“* gilt in dieser Form weder für die Vertriebenen und Flüchtlinge nach 1945 noch für Millionen von Migranten in den Jahrzehnten danach. Ihre Heimat liegt wo anders. Ob ihnen Deutschland zur „Heimat“ geworden ist, ob ihnen der „Heimatbegriff“ überhaupt etwas sagt, lässt sich weder vorschreiben noch verpflichten. Der Begriff „Heimat“ hat angesichts der gesellschaftlichen Entgrenzung und der globalen Mobilität seinen ursprünglichen Sinn verloren. Heimat, d.h. willkommen zu sein, kann in der „Fremde“ gefunden, Fremdheit, d.h. ausgegrenzt zu sein, kann auch in der „Heimat“ erfahren werden.

Dem entspricht zunächst auch der inflationäre Gebrauch des Begriffs „Heimat“ bis an die Grenze der Lächerlichkeit. Die CDU ist Heimat, Deutschland ist Heimat, Wald ist Heimat, mit der sozialen Marktwirtschaft bleibt die Heimat lebenswert, in der Stadt muss Heimat gefunden werden, am Land natürlich auch, Föderalismus schafft Heimat, die Leitkultur erst recht.

Spannend wird es, wenn es heißt „*Das Recht auf Heimat gilt fort*“. Da wird „Heimat“ wieder verengt. Plötzlich ist nur noch von den nach 1945 Heimatvertriebenen, die eine Brückenfunktion erfüllen, die Rede, und den „*Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind*“, wer immer damit wieder gemeint ist. Jedenfalls nicht die Millionen Migrantinnen und Migranten, die Geflüchteten und Asylbewerber, die in gleicher Weise Heimat bewahren wollen, eine Brückenfunktion ausüben könnten zu ihren Herkunftsländern, aber auch in Deutschland Heimat finden wollen.



Julius Hammer: *Leben und Heimat in Gott* – Eine Sammlung Lieder zu frommer Erbarmung und sittlicher Veredlung, 1880. (Foto: Tacirci auf [wikimedia commons](https://commons.wikimedia.org/))

Die neue Bürgerlichkeit, die merkwürdige Selbstverpflichtung Deutschlands zu „seiner“ Leitkultur, der „weltoffene Patriotismus“, der in einen engen Heimat-Begriff mündet, das alles läuft der Anerkennung der Tatsache entgegen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, dass Vertriebene und Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten immer schon ihre eigenen Traditionen und Bräuche mitgebracht haben und sich ihrer Herkunft-Heimat zeitlebens verbunden fühlen. Anstatt den Rahmen für eine multikulturelle Gesellschaft mit Vielfalt und Verschiedenheit, Respekt und Toleranz zu beschreiben, in der die Menschenwürde aller und die Werte des Grundgesetzes geachtet werden, unterschiedliche Kulturen respektiert und Lebensweisen akzeptiert, wird durch Abgrenzung und Abschottung ein Miteinander von Kulturen und Ethnien in Frage gestellt. Wie gesagt, Assimilation statt Integration. Wer sich nicht assimiliert ... man mag sich die Fortsetzung nicht denken.

Religion als Kampffeld

Auch Religion wird zum Kampffeld. Im Abschnitt „*Religionen geben Halt*“ wird deutlich, dass damit eigentlich nur das Christentum als Religion gemeint ist. Religion ist die Grundlage der Arbeit der CDU, denn alles gründet im „Christlichen Menschenbild“. Politisches Christentum in Reinkultur. Allerdings ist das ein durch Humanismus, Aufklärung und bürgerliche Revolutionen bereinigtes christliches Menschenbild, nicht ein früher gültiges, nicht das vieler afrikanischen Bischöfe, amerikanischer Evangelikalen und des russischen Patriarchen von Moskau. Insofern bleibt das christliche Menschenbild eigentlich inhaltsleer und muss durch die drei Grundwerte konkretisiert werden. Sie sind – ich möchte fast sagen – höchst unchristlich verkürzt, anders als im Grundsatzprogramm von 2007.

Gerechtigkeit wird zur „Leistungsgerechtigkeit“, denn eine gerechte Gesellschaft würdigt die Leistungen. *Solidarität* wird ihres politischen Charakters entkleidet und auf das soziale Miteinander der Menschen in Familien, Städten und Gemeinden bezogen. *Freiheit* wird vorrangig als Quelle der Leistungsbereitschaft gerühmt. Und muss vor allem durch umfassende Sicherheit geschützt werden. Dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland keine christliche-religiöse Bindung hat, wird nicht wahrgenommen. Die CDU verlangt, dass christliche Symbole „im öffentlichen Raum sichtbar bleiben“ müssen. Das verstößt gegen das Grundgesetz, ist schlicht reaktionär – verlangt die Rückkehr in eine Zeit, die es nicht mehr gibt.

Gleichzeitig wird der Islam als Religion gleich doppelt diffamiert: Abseits von Leitkultur und Patriotismus ist noch ein ganz besondere und ungeheuerliche rechts-populistische Wegmarke festzustellen: Der Islam und Muslime werden, egal welcher Herkunft, ob aus Syrien, Afghanistan, ob aus Usbekistan oder Palästina, ja auch als ethnisch Deutsche, unter Generalverdacht bestellt. Denn nur „*Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland*“. Das ist Aufruf zur alltäglichen privaten und amtlichen Gesinnungsprüfung und umgekehrt zur fortgesetzten Diskriminierung. Kein ethnisch Deutscher, kein Katholik, kein Protestant, wird darauf verpflichtet. Welch ein abgrundtiefer Graben zwischen diesem Satz und Christian Wulffs Aussage: „Der Islam gehört zu Deutschland.“



Screenshot: [Facebook](#)/ Deutschlandfunk

Nicht hinnehmbar ist auch die Gleichsetzung des islamistischen Terrorismus mit dem politischen Islam: „*Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte Gefahren*“. „Politischer Islam“ ist mittlerweile der Kampfbegriff der AfD und der radikalen Rechten gegen jede Form von Islam. Aber das sprachliche Feingefühl – siehe konservative Revolution – scheint den Unionsparteien immer mehr abzugehen. Es ist zumindest größere Vorsicht geboten. Womit eine Person oder eine Gruppe ihr politisches Handeln begründet, muss dem säkularen Staat egal sein, siehe politisches Christentum der CDU, sofern das Handeln selbst in dem Rahmen von Geist und Buchstaben des Grundgesetzes und nach Recht und Gesetz verläuft. So undifferenziert über Muslime und den Islam in einem Programmentwurf zu schreiben ist geistige Brandstiftung.

Statt individuelles Asylrecht – neokoloniale Drittstaaten-Regelung

All dies gipfelt in der politischen und rechtlichen Neufassung oder besser Abschaffung des Asylrechts. Es ist mehr als Ironie, dass das Kapitel, in dem das individuelle Recht auf Asyl im Handstreich beseitigt wird, unter der Überschrift „Humanität und Ordnung“ steht. Das Asylkapitel beginnt mit der Forderung nach besserem Schutz der Außengrenzen und kritisiert das europäische Asylrecht als inhuman. Bruchlos wird in diesem Abschnitt das Ende des Individualrechts auf Asyl programmatisch Grund gelegt. Inhuman sei das europäische Asylrecht, weil es zu einem Recht des Stärkeren führe und nicht zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen unterscheide.

Dass es die europäische Abschottungspolitik ist, die zum Recht des Stärkeren führt, und die Schutzbedürftigkeit in einem rechtsstaatlichen Asyl-Rechts-Verfahren festgestellt werden muss, wird über Bord geworfen. Anstatt nun z.B. sichere Fluchtwege als humanen Weg entgegenzusetzen, wird die Inhumanität durch die Aussperrung aller auf die Spitze getrieben. Mit der General-Unterstellung, dass jemand „unter dem Vorwand der Asylsuche illegal einwandert“, wird das Individualrecht auf rechtsstaatliche Überprüfung eines Asylantrages beseitigt.

In einem nicht durchdachten Konzept soll ein erkaufter und bezahlter Neokolonialismus an die Stelle des Asylrechtes des Grundgesetzes treten. Denn alle, die in Europa Asyl beantragen, egal aus welchem Land sie kommen, sollen in sicheren Drittstaaten landen, die allerdings erst gefunden und bezahlt werden müssen. Dort sollen sie Asylverfahren durchlaufen, an deren Ende keineswegs, auch nicht im Fall eines positiven Ausgangs, die Asylgewährung in Deutschland steht. Denn aus diesen in Drittstaaten verbrachten Menschen sollen dann „humanitäre Kontingente“ aufgenommen werden. Was heute als Zusatz zum Asylrecht die Aufnahme von Menschen erleichtert, soll in Zukunft das individuelle Recht auf Asyl ersetzen. Nach welchen Kriterien diese Kontingentflüchtlinge ausgewählt werden und wie viele es sein dürfen, bleibt der Willkür überlassen. Was mit abgelehnten Asylbewerbern in den gekauften Drittstaaten geschieht, ebenfalls.

Kapitulation der Humanität

Dieses Asylkapital ist die Kapitulation vor der Ausländerfeindlichkeit, die die Kräfte von der AfD bis zum BSW und natürlich auch weiter rechts schüren. Es ist die Abkehr vom Merkel'schen Geist des „Wir schaffen das“, auch ein Hohn auf den Initiativ- und Unternehmergeist, auf die Tatkraft und den Einfallsreichtum, den die CDU an vielen anderen Stellen verbreitet. Weder rechtlich noch politisch durchsetzbar, wird dieses Programm zum Gipfel der Inhumanität, zur Kapitulation der Humanität. Und brandgefährlich, weil das Konzept den Eindruck tatkräftigen Handelns und rascher Lösungen zu erwecken versucht, die ausbleiben werden und zu weiteren Frustrationen führen. Dieser Programmteil ist keine Brandmauer gegen die AfD, sondern ein Brandbeschleuniger für die AfD und radikal rechts in allen Facetten!

Entsetzen muss nicht nur, dass dieser Programmteil beschlossen wurde, sondern auch, dass unter den Repräsentanten christlicher Politik aus allen Gremien und Diskussionsrunden der CDU kein Gegenwind oder Widerspruch hörbar wird. Welch ein Hohn auf das „christliche Menschenbild“, einer Anti-Asylpolitik den Weg zu bereiten, die meilenweit von dem entfernt ist, was z.B. Diakonie und Caritas wollen, aber haarscharf zu AfD und BSW passt. Damit ist nicht nur dieser Programmteil in vieler Hinsicht kein *Wegbereiter*, sondern *Ausdruck des Rechtsrucks* in unserer Gesellschaft.



Bild: kalhh auf [Pixabay](#)

Es wäre freilich ungerecht, hier nur die CDU in Blick zu nehmen. Wir haben keinen Konsens in der Flüchtlingsfrage, der die großen Interessengruppen, Sozialverbände sowie caritativen Organisationen und die in diesem Bereich tätigen Akteure der Zivilgesellschaft umfasst. Die Ampelkoalition hat m. E. den Versuch unterlassen, einen solchen Konsens herzustellen. So stehen die Konzepte sicherer Fluchtwege für alle mit Willkommenskultur für jeden die Abwehr und Abschottung an den Außengrenzen und den Binnengrenzen der EU gegenüber. Alle bisherigen Schritte der Veränderung gehen eigentlich in die Richtung, die die CDU jetzt mit einem Paukenschlag zum Programm erhebt. Wirklich zur Chefsache wurde die Flüchtlingsfrage, die den kleinen Kontinent Europa radikal zu verändern droht, nie gemacht.

Etwa 1,3 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und über 300.000 Asylbewerber, nur aus 2023, zu bewältigen, das ist ohne Frage gewaltig. Wir haben zu wenig Wohnungen, zu wenig Plätze in Kindergärten und Schulen, zu wenig Arbeitsmöglichkeiten und zu wenig Arbeitsmotivation für Geflüchtete und Asylbewerber. Aber was geschieht, statt ein humanitäres Sonderprogramm und Sondervermögen zu entwerfen (das wäre durchaus eine Notlage, die einen parteiübergreifenden Beschluss, die Schuldenbremse auszusetzen, rechtfertigen würde), das einerseits zu mehr Hilfen für die Kommunen, zu mehr Wohnungen, zu mehr Kita- und Schulplätzen führt, die Arbeitsaufnahme erleichtert, Sprach- und Integrationskurse vervielfacht, die Fluchtursachen bekämpft? Stattdessen wird aus dem Programm des „Wir schaffen das“ ein Klagelied des „Wir schaffen das nicht“, der Überforderung, der Abwehr und Abschottung entwickelt. Dem hat die Ampelkoalition nichts entgegengesetzt. Damit wird der AfD der Boden bereitet. Für alle CDU-geführten Vorgängerregierungen gilt das genauso. Die schon von Angela Merkel immer geforderte Bekämpfung der Fluchtursachen, also den Aufbau vor allem afrikanischer Staaten zur lebenswerten Heimat, hat nie begonnen. Auch in dem CDU-Text wird nicht angesprochen, dass ein umfassendes Hilfs- und Entwicklungsprogramm zur Bekämpfung der Fluchtursachen auf Dauer der einzig angemessene Weg zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen ist – aber natürlich erst mittel- bis langfristig wirksam wird.

Gefährliche Grenzüberschreitungen

Der Programmentwurf ist über weite Strecken ein konservatives Dokument, wie es von einer konservativen Partei im mitte-rechts Spektrum nicht anders zu erwarten ist. Die entscheidenden Unterschiede liegen in der Inszenierung gegen eine diffuse woke-grüne, unpatriotische, heimaltlose, verbotswütige Eingrenzung, aber vor allem in einem grundlegenden Richtungswechsel bei Asyl, Einwanderung und Leitbild.

In Freiheit leben

Deutschland sicher in die Zukunft führen

Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands

Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschlands
an den 36. Parteitag

Screenshot: Titel des [Programmmentwurfs](#)

Der Programmmentwurf 2024 ist ein klarer Rechtsschwenk innerhalb eines Spektrums, das noch als mitte-rechts gelten kann. Aber er enthält in der Kombination Leitbild, Patriotismus und Beseitigung des Asylrechts gefährliche Grenzüberschreitungen hin zu extrem rechts. Die Programme der Europäischen Volkspartei und der CDU zur Europawahl verstärken diese Tendenz, ebenso wie aktuelle Vorhaben der CDU. Ob dies dazu führt, dass die CDU in Abgrenzung zur AfD wahrgenommen wird und Wählergruppen aus diesem Spektrum

die CDU und nicht die AfD oder das BSW wählen oder ob die „Brandmauer“ zu extrem rechts damit eingerissen wird, stellt sich erst nach der Europawahl und den Landtagswahlen in Thüringen heraus. Die reale Politik orientiert sich letzten Endes nicht an Grundsatzprogrammen, sondern an Wahlergebnissen und Mehrheitsbildungen.

Die entscheidende Frage wird sein, die zeitlich als erste zu klären sein wird, wenn man die Wahl von Herrn Nazi-Höcke mit Unterstützung einer anderen Partei ausschließt, was meines Erachtens selbstverständlich ist (alles andere wäre Selbstaufgabe der CDU): Lässt sich der CDU-Spitzenkandidat mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen, wie es Andreas Rödder einst empfohlen hat und aktuell z.B. Jasper von Altenbockum, der verantwortliche Redakteur für Innenpolitik der FAZ, unter dem Motto Integration statt Ausgrenzung der AfD vorschlägt (FAZ vom 27.03.2024), oder wird in einer solchen Konstellation eine Allparteienkoalition gegen die AfD geschmiedet? Die „Integration“ der extremen durch die gemäßigte Rechte, damals von dem Rechtskatholiken Franz von Papen und dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg gewollt, ist schon einmal gründlich schief gegangen, das Ergebnis ist bekannt. Anstatt der immer formelhaft beschworenen Absage an rechtsextrem und linksextrem mit unsäglicher Gleichsetzung von AfD und Die Linke, wird dann der Test gemacht werden müssen. Grundsatzprogramme haben für aktuelle politische Entscheidungen einen sehr begrenzten Wert. Aber sie haben vielleicht als Brandbeschleuniger mit dafür gesorgt, dass es überhaupt zu dieser Wahlkonstellation gekommen ist.

Dr. Klaus Lang studierte Katholische Theologie, Psychologie und Politik. Er war zunächst Pressesprecher des Vorstandes der IG Metall, 1981 wurde er Leiter der Abteilung Tarifpolitik, später leitete er die Abteilung des 1. Vorsitzenden und war Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung, 2003 wurde er Arbeitsdirektor der Georgsmarienhütte Holding GmbH. Er ist Mitglied im Rat der Stiftung Menschenrechte, der Förderstiftung von Amnesty International und im Sozialethischen Arbeitskreis Kirchen und Gewerkschaften.

